

Demokratie braucht mehr als gute Absichten (Teil 2)

Im ersten Teil des Artikels, der in der klein&groß 7/26 erschienen ist, geht es um Beteiligung, Macht und Kinderrechte im Kita-Alltag. Im zweiten Teil vertiefen wir zwei weitere Perspektiven: feministische und rassismuskritische Demokratietheorien. Sie zeigen, dass Demokratie dort beginnt, wo Ungleichheiten sichtbar werden und Fachkräfte Macht, Zugehörigkeit und Teilhabe kritisch reflektieren.

Julia Becker, Aylin Anasal Jordan, Katharina von Maltzahn

Feministische Demokratietheorie

Innerhalb der partizipativen Demokratietheorie gelten feministische Ansätze als prominente Perspektive auf strukturelle Ungleichheiten. Im Mittelpunkt steht die Analyse gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die entlang zugeschriebener Geschlechterkategorien organisiert sind (Pickel und Pickel 2022: 29). Ziel ist es, daraus resultierende Ungleichheiten sichtbar zu machen und Ansätze zu entwickeln, um sie zu überwinden (ebd.).

Feministische Demokratietheorien zeigen, dass gesellschaftlich konstruierte Geschlechterrollen vielfältige Benachteiligungen hervorbringen. Diese äußern sich nicht nur in politischer Unterrepräsentation, sondern auch in ungleichen Teilhabechancen und strukturellen Ausschlüssen (Wegelin 2026). Dabei hängt das Ausmaß der Benachteiligung davon ab, inwiefern Individuen vom Archetypus des erwachsenen, weißen, heterosexuellen Mannes abweichen (Happel 2023; Wegelin 2026). Das zugeschriebene Geschlecht gilt als eine der wirkmächtigsten Strukturkategorien, aus denen Differenzierungen, Diskriminierungen und Privilegien erwachsen (Wilz 2008). Empirisch ist das bemerkenswert, weil diverse wissenschaftliche Belege die Existenz zweier Geschlechter widerlegen (zusammenfassend Coers 2020). Ausgehend von den im Grundgesetz verankerten Werten, dass alle Menschen unabhängig von Geschlecht gleich sind, fordern Menschen, individuelle Freiheit und Partizipation von Frauen und Transpersonen zu stärken. Dafür müssen wir die Privilegien des Archetypus des erwachsenen heterosexuellen weißen Mannes beschränken.

Insbesondere rechtspopulistische und konservative Positionen haben feministische Analysen und Positionen zum „Feindbild“ auserkoren (Pickel und Pickel 2022: 31). Zugleich sind feministische Demokratietheorien im Anschluss an Pickel und Pickel (2022) Ausdruck fortschreitender gesellschaftlicher Modernisierung, da sie etablierte Machtstrukturen hinterfragen, Ungleichbehandlung sichtbar machen und auf die Gleichheit aller Menschen abzielen, wie es im Grundgesetz verankert ist (ebd.).

Rassismuskritische Analyseperspektive

Rassismus ist Ideologie, gesellschaftsstrukturierendes Machtverhältnis und Praxis, die entlang tatsächlicher oder konstruierter Merkmale, Menschen hierarchisch unterscheidet (Auma 2018). Rassismus ist auch ein Oberbegriff für Diskriminierungspraxen (Mecheril und Melter 2011: 16). In der Rassismusforschung hat sich ein Grundkonsens durchgesetzt, dass Rassismus als historisch gewachsenes Phänomen wandelbar ist und innerhalb geographischer, zeitlicher, sozialer und politischer Rahmenbedingungen immer wieder neue Erscheinungsformen hervorbringt. Die Objekte des Rassismus können sich somit über die Zeit (und den Ort) ändern (Marz 2020:9). Eggers (2017) beschreibt für die Konstruktion rassistischer Unterscheidungen vier aufeinanderfolgende Praxen der Rassifizierung: Markierung, Differenzierung, Positionierung und Ausschluss. Diese sind in diskursiv vorbereitete, gesellschaftlich geteilte, ideologische Wissensbestände des Rassismus eingebettet (Terkessidis 2004).

Rassismus ist ein strukturelles Erbe, das mit der Entstehung der Nationalstaaten, kolonialer Expansion sowie europäischer Aufklärung und der Entwicklung der geistigen und naturwissenschaftlichen Disziplinen in den Wissenschaften verknüpft ist (El-Mafaalani 2021: 16). Auch das Konzept von Staatsbürgerschaften, die für individuelle Freiheit, Gleichheit und Partizipationsmöglichkeiten in Demokratien maßgeblich sind, entstand in der Hochphase des Rassismus. Das ist relevant in Bezug auf moderne Demokratien, denn die Entstehung des Nationalstaats in Europa ist eng mit der Entwicklung moderner Demokratien verknüpft (Kooroshy und Mecheril 2019). Der Nationalstaat bot einen notwendigen Rahmen, um demokratische Grundsätze wie Wahlen, Repräsentation und Volkssouveränität praktisch umzusetzen. Die Konstruktion des Nationalstaats gleichzeitig Voraussetzung für eine bestimmte Konstruktion von Raum als Territorium ist sowie von Menschen, die in diesem Raum als Bevölkerung in einem Zusammenhang stehen, als „natio-ethno-kulturell kodierte Wir“ (Kooroshy und Mecheril 2019: 79). „Staaten ‚bringen‘ Nationen und Ethnien hervor“ (Mecheril 81), die sich über imaginierte nationale Zugehörigkeiten formen. Auf dieser Grundlage kann man etwa legitimieren, dass Menschen, die keine Staatsangehörigkeit besitzen, ausgeschlossen werden (Schmidt 2025: XI).

Eine immerwährende Aufgabe

Demokratie als Herrschaftsform weist unterschiedliche Ausgestaltungen auf. Diese Unschärfe setzt sich fort: Sie zeigt sich in ministeriellen Vorgaben (Beutel und Lange 2025), daraus folgend in den unterschiedlichen Bildungs- und Orientierungsplänen für Kitas (Birnbacher

et al. 2024) sowie in Instrumenten der Qualitätssicherung für die Kitas (Tran 2024). Entsprechend divergieren auch die subjektiven Demokratieverständnisse verschiedener pädagogischer Akteursgruppen, etwa von Lehrkräften, Kitaleitungen und Erzieher:innen (Birnbacher et al. 2024; große Prues 2022). Rechtspopulistische Positionen stellen die normativen Ansprüche einer Demokratie infrage und befürworten weitere Ausschlüsse von marginalisierten Gruppen wie Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Kindern. Diesen Bemühungen gilt es entgegenzutreten, um eine liberale Demokratie erhalten zu können und diese im Sinne der Menschenrechte weiterzuentwickeln.

Aus der Perspektive partizipatorischer Demokratietheorien lässt sich feststellen, dass Differenzierungen tiefgreifende Auswirkungen auf den Zugang zu materiellen Ressourcen, Macht, sozialer Anerkennung, Bildung und beruflichen Karrieren haben (Scherr 2010: 36). Jede Person trägt Merkmale, die mit einer sozial hervorgebrachten Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen einhergehen, darunter Herkunft, Alter, Nationalität, sexuelle Identität, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, körperliche Fähigkeiten, Hautfarbe, Erstsprache und sozialer Status (Madubuko 2022: 47). Dadurch verstehen wir Menschen bestimmten sozialen Gruppen zugehörig und positionieren sie entlang bestimmter Differenzdimensionen, deren jeweilige Ausprägung mit Erfahrungen von Akzeptanz oder gesellschaftlicher Benachteiligung verbunden ist (Madubuko 2022: 47).

Dies gilt auch für Kinder. Aber Kinder sind nicht passive Akteure, sondern agieren selbst aktiv in Machtstrukturen. Studien zeigen etwa, dass Kinder ethnische Unterschiede früh wahrnehmen und diese situationsabhängig und nach eigenen Interessen nutzen (Diehm 2009). Die Critical Childhood Studies betonen, dass Kinder als Subjekte sowohl in Machtverhältnisse eingebettet sind als auch an deren Konstruktion beteiligt sind (Machold 2015, S. 27; Qvortrup 2005, S. 28). Sie vermitteln Differenzkonstruktionen durch ihr sozial gerahmtes Denken, Handeln und Fühlen (Eggers 2005).

Für die pädagogische Arbeit geht diese Sichtweise mit weitreichenden Konsequenzen einher. Wir sollten Demokratie nicht als abgeschlossenen Zustand verstehen, sondern als dynamischen Prozess begreifen, der die Differenz zwischen seinem normativen Ideal und der ausschließenden Realität – geprägt etwa durch Adultismus – als ständigen Ausgangspunkt für kritische Reflexion nutzt. Bildungsprozesse haben dann die Aufgabe, die Widersprüchlichkeit zwischen Ideal und Realität zu thematisieren. Demokratiebildung muss daher vielfältige Kindheiten in ihren unterschiedlichen Intersektionen berücksichtigen und deren jeweilige

Ausgangslagen entlang von Anerkennung, Zugehörigkeit und Partizipationsmöglichkeiten als didaktische Grundlage nutzen.